

Keine Zeit für Liebe, keine Zeit für Kinder?

Hans Bertram

Familie und der zweite demographische Übergang

Die Zukunft familiärer Lebensformen, die Solidarität zwischen den Generationen sowie die Bindungen eines Paares zueinander und zu den eigenen Kindern hängen von privaten Lebensentscheidungen ab. Dennoch zeigt die historische Familienforschung, dass die Ausgestaltung der Rahmenbedingungen von den handelnden Personen in ihre Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden (Hareven 1996; Laslett 1977; Ehmer, Hareven und Wall 1997).

Hernandez und Myers (1993) haben auf der Basis des amerikanischen Zensus, der seit 1794 erhoben wird, den Wandel der Lebensformen von Kindern in Familien in den Vereinigten Staaten von Amerika nachgezeichnet. Sie machen deutlich, dass bis etwa zur Mitte des 19. Jahrhunderts die dominierende ökonomische Basis familiärer Lebensformen die Landwirtschaft war, die im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts durch die Beschäftigung des Hauptnährers in der Industrie abgelöst wurde.

Zwischen 1870 und 1950 lebten 40 bis 60 Prozent aller amerikanischen Kinder in dieser Lebensform der gesellschaftlichen Industriefamilie, die dadurch geprägt war, dass der Vater für das Einkommen der Familie, die Mutter für die Erziehung der Kinder zuständig war. Diese arbeitsteilige Organisation innerhalb familiärer Aufgaben entsprach der Vorstellung einer arbeitsteilig organisierten Industriegesellschaft. Schon in den 60er Jahren begann der Familientypus zu verschwinden. Heute leben in den Vereinigten Staaten in dieser Form

nur noch etwa 20 Prozent aller Kinder (Hernandez 1995). In der Bundesrepublik Deutschland begann der Prozess etwas später, aber vollzog sich in ähnlicher Weise, wobei dieser traditionelle Typus der Industriefamilie zunehmend ersetzt wird durch das Modell der Zweiverdienerfamilie und das Modell des alleinerziehenden Elternteils.

Diesen industriellen Familientypus bezeichnet Arlie Hochschild (1995) als »traditionell-warm«, weil diese Familienform auf der Basis einer geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung einen hohen Anteil der Arbeitszeit und Arbeitskraft des Paares für Bindungen, Solidarität zwischen den Generationen und Fürsorge für Kinder zur Verfügung stellte. Denn im Idealfall konnte diese Form der Beziehungsarbeit durch die Hausfrau und Mutter ausgeführt werden. Allerdings konnte dieses Modell in seiner reinen Form der eindeutigen Arbeitsteilung zunächst nur in den bürgerlichen Familien gelebt werden, fand jedoch, wie Smelser (1991) gezeigt hat, insgesamt eine hohe Attraktivität auch für die Familien der unteren Mittel- und Unterschichten.

Hernandez zeigt aber auch, dass bereits in den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts allenfalls die Hälfte aller amerikanischen Kinder in einer solchen Familie lebte. Der Rest verteilte sich auf Einkindfamilien, Waisenhäuser und Familien, in denen beide Eltern arbeiteten. Die von Hernandez nachgewiesene Pluralität familiärer Lebensformen auch schon im 19. Jahrhundert mit einer dominanten Lebensform ist in gleicher Weise ebenfalls in Deutschland nachzuweisen (Bertram 1997).

Auch in Westdeutschland lebte selbst zu den Hochzeiten der Industriegesellschaft und des industriegesellschaftlichen Familienmodells allenfalls die Hälfte aller Kinder in einem solchen Modell: Nach dem Zweiten Weltkrieg bis Anfang der 60er Jahre war der Anteil der alleinerziehenden Mütter sehr hoch und die Erwerbstätigkeit der Mütter als Arbeiterinnen in den unteren Schichten sowie als mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft und in den mittleren Schichten ein weit verbreitetes familiäres Muster (Pfeil 1961).

Das industriegesellschaftliche Familienmodell wurde nach etwa drei Generationen im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts abgelöst

von einem Modell, das wie in der Agrargesellschaft die Erwerbsarbeit beider Partner als ökonomische Basis der Familie voraussetzt, oder dem Modell der alleinerziehenden Mutter und – seltener – des alleinerziehenden Vaters.

Dieser Wandel familiärer Modelle in den USA folgt im Wesentlichen auch dem Wandel der amerikanischen Wirtschaft von der Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Wissensgesellschaft mit einer völlig anderen Berufs- und Beschäftigtenstruktur. Dieser Wandel setzt in der Bundesrepublik um 1970 ein. Während der Aufstieg der Industriegesellschaft mit etwa 50 Prozent aller Beschäftigten, die in der Industrie arbeiten, rund drei Generationen (90 Jahre) in Anspruch nahm, dauerte es nur eine Generation, um wieder auf das Industriebeschäftigteniveau von 1880 zurückzugehen.

Parallel zu dieser Veränderung verläuft die zweite demographische Transition: die zunehmende Integration von Frauen und Müttern in die neu entstehenden Dienstleistungsbereiche, etwa im Finanzsektor, im Bereich der sozialen Dienstleistungen, des öffentlichen Dienstes und der neuen Beratungsdienstleistungen, bis hin zum Rechts- und Steuerwesen des Staates. Wer heute die Verweiblichung vieler Berufe etwa im Erziehungswesen beklagt, vergisst, dass die Expansion des Bildungswesens ohne die Bereitschaft der Frauen, in diese in der Regel schlechter bezahlten Berufe einzusteigen, kaum möglich gewesen wäre. Als Beispiel sei an die »Mikätzchen« der 60er Jahre erinnert.

Der ökonomische Erfolg und die Effizienzsteigerung der Volkswirtschaft wurden in allen Industriegesellschaften dadurch erreicht, dass insgesamt die Zeit für Bindungen, die Zeit für Beziehungen zu anderen und die Zeit für Fürsorge gegenüber der Präsenz im Bereich der Ökonomie deutlich reduziert wurde. Verbrachte in den 60er Jahren ein Arbeitnehmer durchschnittlich 42 bis 46 Stunden am Arbeitsplatz (ohne Fahrzeit), leisten heute 50 Prozent der berufstätigen Paare in Deutschland zusammen 80 und mehr Stunden am Arbeitsplatz. Selbst wenn diese Zeitschätzungen auf der Basis der »Luxembourg Income Study« (Rainwater und Smeeding 2003) die tatsächliche Arbeitszeit möglicherweise überzeichnen, so liegt Deutschland

hinsichtlich der zeitlichen Belastung von Paaren in diesem Vergleich hinter den USA noch vor Großbritannien an zweiter Stelle, während die nordeuropäischen Länder sich demgegenüber weit hinten platzieren.

»Warm modern« oder »cold modern«?

Arlie Hochschild (1995) oder Nancy Folbre (2001) stellen ganz zu Recht die Frage, wo in einer solchen Gesellschaft die Zeit für Fürsorge, für Bindungen, für Kinder und für Partnerschaft überhaupt untergebracht werden soll. Sie skizzieren zwei Alternativen. Auf der einen Seite ist vorstellbar, auch die Zeit für Bindungen und Fürsorge für andere über den Markt einzukaufen. Diese Lösung nennen sie »cold modern«, um auszudrücken, dass die Fürsorge für andere den rationalen Kriterien des Markts unterworfen wird.

Ihrer Auffassung nach kann aber »gekaufte Liebe« die Solidarität zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen nicht wirklich ersetzen, denn Fürsorge und Bindungen sowie die Solidarität mit anderen, insbesondere mit Kindern und älteren oder pflegebedürftigen Menschen, machen »care« erforderlich. Dieses englische Wort enthält nicht nur den Begriff Fürsorge, sondern auch immer die Vorstellung einer persönlichen emotionalen Beziehung, die das Vertrauen und die Verlässlichkeit dieser Beziehungen stützt.

Schon der 5. Familienbericht (Bundesministerium für Familie 1995), der sich nicht auf diese Argumentation bezieht, hat die Leistungen der Familie für die Gesellschaft in Euro zu berechnen versucht und den Fürsorgeaufwand für Kinder in Marktpreisen berechnet; nach diesen Berechnungen könnte die Volkswirtschaft die Kosten kaum tragen.

Die zweite Alternative, die diesem Anspruch von »care« Rechnung trägt, lässt sich als »warm modern« bezeichnen und ist in zwei Varianten denkbar – als zwei unterschiedliche Antworten auf die Frage, wie ein »warm-modernes« Fürsorgemodell (»care« für andere) geschaffen werden kann, das die gleiche Verlässlichkeit und Zeit für

Beziehungsarbeit ermöglicht wie das Familienmodell der Industriegesellschaft, ohne gleichzeitig auf die ökonomischen Effizienzgewinne durch die Integration der Mütter in das Erwerbsleben zu verzichten.

Als eine Variante eines solchen Konzepts unterscheidet Catherine Hakim (2004) in ihren europäisch vergleichenden Analysen drei Typen von Frauen in ihren Präferenzen von Berufsarbeit und Familienarbeit. Sie findet in England und in Spanien, was wir für Deutschland bestätigen können: dass etwa 15 Prozent aller Frauen berufsorientiert sind und ihren beruflichen Ambitionen die anderen Lebensentscheidungen unterordnen. Rund 70 Prozent der Frauen wollen berufliche Tätigkeiten, Haushalts- und familiäre Tätigkeiten aufeinander beziehen (»adaptiv«), während weitere 15 Prozent der Frauen ausschließlich haushalts- und familienorientiert sind.

Nach Hakims Auffassung folgen die meisten Frauen in Europa den Lebensvorstellungen von Myrdal, Klein und Schroth-Pritzel (1960), die einmal formuliert haben, es sei für ihr Leben wichtig gewesen, einen Partner zu haben, Kinder zu erziehen und unabhängig davon etwas in der Gesellschaft zu bewirken. Die politischen Schlussfolgerungen aus dieser Präferenzstruktur sind für Hakim offensichtlich, nämlich unterschiedliche Politikmodelle.

Für die erste Gruppe ist eine Gleichstellungspolitik, die die Benachteiligung von Frauen im Erwerbsleben reduziert und gleichzeitig sicherstellt, die beruflichen Chancen von jungen Frauen zu verbessern, das wichtigste Element einer Politik für Frauen. Die zweite (und größte) Gruppe interessiert sich vermutlich mehr für eine Politik, die eine neue Balance zwischen Familienaufgaben, beruflichen Erfordernissen und Karrierechancen erreicht.

Demgegenüber wird die dritte Gruppe vor allem daran interessiert sein, als Hausfrau und Mutter gegenüber anderen familiären Lebensformen mit zwei Einkommen nicht benachteiligt, gleichzeitig aber auch gegen die Wechselfälle des Lebens geschützt zu sein, etwa durch ein entsprechendes Scheidungsrecht.

Die politischen Strategien, die sich aus einem solchen Modell ergeben, sind leicht abzuleiten. Eine Gleichstellungspolitik kombiniert mit einer Infrastrukturpolitik, die zu einer besseren Balance zwi-

schen Familienaufgaben und beruflichen Aufgaben beiträgt, sowie eine gezielte Förderung von Müttern mit mehreren Kindern sind die sich daraus ergebenden Elemente eines Policy-Mixes (Bertram 2006a). Mit aller Vorsicht und aller Vereinfachung lässt sich für Frankreich sagen, dass dort seit den 80er Jahren eine Familienpolitik verfolgt wird, die in etwa der Skizze von Hakim entspricht.

Der deutlichste Unterschied der französischen zur deutschen Familienpolitik ist darin zu sehen, dass Frankreich konsequent neben der Ganztagschule auch den vorschulischen Bereich entsprechend den elterlichen Wünschen und Vorstellungen ausgebaut hat. Für die unter Dreijährigen wurde mit dem französischen Tagesmütter-Modell, das auf qualifizierte, voll erwerbstätige und sozialversicherungspflichtige Erzieherinnen setzt, ein flächendeckendes, flexibles und qualitätsvolles Angebot entwickelt, das offenkundig von den Eltern sehr geschätzt wird.

Darüber hinaus führen die relativ großzügige Förderung durch das französische Haushaltssplitting und sonstige Zuschüsse für dritte und weitere Kinder dazu, dass die ökonomischen Differenzen zwischen den Mehrkinderfamilien und anderen Haushalten relativ gering sind.

Die Kritik an der französischen Familienpolitik und auch am Modell von Hakim lässt sich in Anlehnung an Fagnani (2006) und Kremer (2002) als ein »Bündnis des Staates mit den Müttern zur Entlastung der Männer« auf den Punkt bringen. Denn in diesem Modell bleiben die Fürsorge und die Arbeit, Beziehungen zu anderen aufrechtzuerhalten und sich zu kümmern, wie auch die Hausarbeit im Wesentlichen Aufgabe der Frauen, die der Staat nur während ihrer Berufstätigkeit entlastet.

Bei den Mehrkinderfamilien wird ganz bewusst an das traditionell-warme Modell der Industriegesellschaft angeknüpft, das dann auch hoch subventioniert wird. Nach Auffassung französischer Demographen (Chesnais 2005) hat dieser Policy-Mix durchaus zur Stabilisierung der französischen Geburtenrate beigetragen: In Frankreich ist die Kinderlosigkeit niedriger als in Deutschland und die Mehrkinderfamilie weiter verbreitet.

Auch wenn die Kritik, diese Politik sei ein Bündnis der Mütter mit dem Staat zur Entlastung der Väter, einen wahren empirischen Kern hat, ist Deutschland sowohl hinsichtlich der gezielten Familienförderung bei kleinen Kindern wie bei der Entwicklung von Ganztagschulen und dem Ausbau der vorschulischen Betreuung noch weit von den französischen Verhältnissen entfernt. Angesichts der deutschen Zustände ist das Modell aus dem Nachbarland schwer zu kritisieren. Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, dass die französische Lösung viel Geld kostet, das wir in Deutschland aufzubringen bisher nicht bereit sind.

Das alternative Modell für eine warm-moderne »care«-Lösung skizziert Hochschild (1995) als eine Variante, die der Fürsorge für andere als »care« den gleichen Stellenwert einräumt wie der Erwerbsarbeit. Das ist nach ihrer Meinung nur möglich, wenn die geschlechtsspezifische Zuschreibung von Fürsorge als weiblich aufgebrochen und in gleicher Weise wie auch die Berufsarbeit von Männern wie von Frauen geleistet wird.

Das Elterngeldgesetz mit den Vätermoaten ist ein typisches Beispiel für diesen Ansatz, weil es davon ausgeht, dass die Zeit der Fürsorge für Kinder den gleichen Stellenwert hat wie die Erwerbsarbeit, und diese Zeit daher auch in Form eines Lohnersatzes zu finanzieren ist. Die teilweise recht polemische Kritik an diesem Modell (»Wickelvolontariat«) macht deutlich, dass der damit verbundene emanzipatorische Anspruch auf die Gleichstellung von Fürsorge und Erwerbsarbeit für Männer und für Frauen von allen politischen Kräften sehr wohl verstanden worden ist.

Anders als Hakims Überlegungen beziehen sich Hochschilds Gedanken überhaupt nicht auf demographische Effekte, sondern nur auf die Frage des Erhalts von Zeit für Fürsorge (»care«). Jedoch sollte eine zentrale Schwäche dieses Modells nicht verschwiegen werden: Die gleiche Verteilung von Fürsorge und Erwerbsarbeit auf Männer und Frauen funktioniert nur, wenn einigermaßen sichergestellt ist – wie in dem Modell von Hakim für die Frauen angenommen wird –, dass sich auch die Präferenzen der Männer in Richtung eines adaptiven Modells verschieben lassen.

Eine Familienpolitik, die sich im Sinne von Hochschild als Gleichstellungspolitik begreift mit »care« als gemeinsamer Aufgabe von Mann und Frau, die im Sinne von Hakim unterschiedliche Lebensentwürfe und Lebensentscheidungen bei Männern und Frauen akzeptiert und daher in Form eines Policy-Mixes von Zeit-, Infrastruktur- und finanzieller Transferpolitik die Möglichkeit schafft, unterschiedliche Balancen zwischen verschiedenen Lebensbereichen zu ermöglichen – eine solche Politik geht über eine Familienpolitik hinaus, die sich im Wesentlichen an einem bestimmten Familienmodell orientiert (Bertram 2006b).

Dennoch sollte nicht verkannt werden, dass solche Ansätze immer noch bestimmte Fragestellungen aussparen, die für die Zukunft unserer Gesellschaft von zentraler Bedeutung sind. Denn ein solcher Ansatz unterstellt, dass sich Paare nicht nur gefunden haben, sondern sich auch auf ein gemeinsames Lebensprojekt und einen gemeinsamen Lebensentwurf mit der Verantwortung für Kinder und für die eigenen Eltern entschieden haben. Intuitiv wird hier davon ausgegangen, dass das gemeinsame Leben eines Paares mit der wechselseitigen Verpflichtung zur Solidarität – füreinander, für gemeinsame Kinder, für die eigenen Eltern und die Eltern des Partners – eine anthropologische Konstante ist, die quasi von selbst in der Gesellschaft besteht.

Aus historischen Quellen (Borscheid und Teuteberg 1983) wissen wir, dass es hier erhebliche historische und kulturelle Variationen gegeben hat; zudem zeigen international vergleichende Studien (Blossfeld 1987) deutliche Regelmäßigkeiten etwa bei der Partnerwahl. Auch hier spielen die Gelegenheitsstrukturen, die eine Gesellschaft kreiert, eine erhebliche Rolle. So ist das zunehmend spätere Auszugsalter vor allem der jungen Männer in vielen Gesellschaften ein guter Prädiktor dafür, ob und wann überhaupt geheiratet wird und ob eine Partnerschaft als gemeinsames Lebensprojekt mit der Entscheidung für Kinder und Verantwortung füreinander als Teil der eigenen Lebensplanung gewünscht und realisiert wird.

Hier hat der Staat erhebliche Einflussmöglichkeiten, ohne dass das immer gesehen wird. Lange Ausbildungsgänge, insbesondere bei

Akademikern mit einer langen ökonomischen Abhängigkeit von den Eltern, wenn diese den Kindern gegenüber unterhaltsverpflichtet sind, führen eben auch dazu, dass gerade junge Männer weiterhin bei ihren Eltern leben – und aus der Sicht des Einzelnen die Notwendigkeit, ein neues gemeinsames Lebensprojekt zu entwickeln, einfach deswegen entfällt, weil die Beziehungen zu den eigenen Eltern gut sind und das Leben im Elternhaus komfortabel ist. Für diese These gibt es inzwischen eine Reihe plausibler Belege.

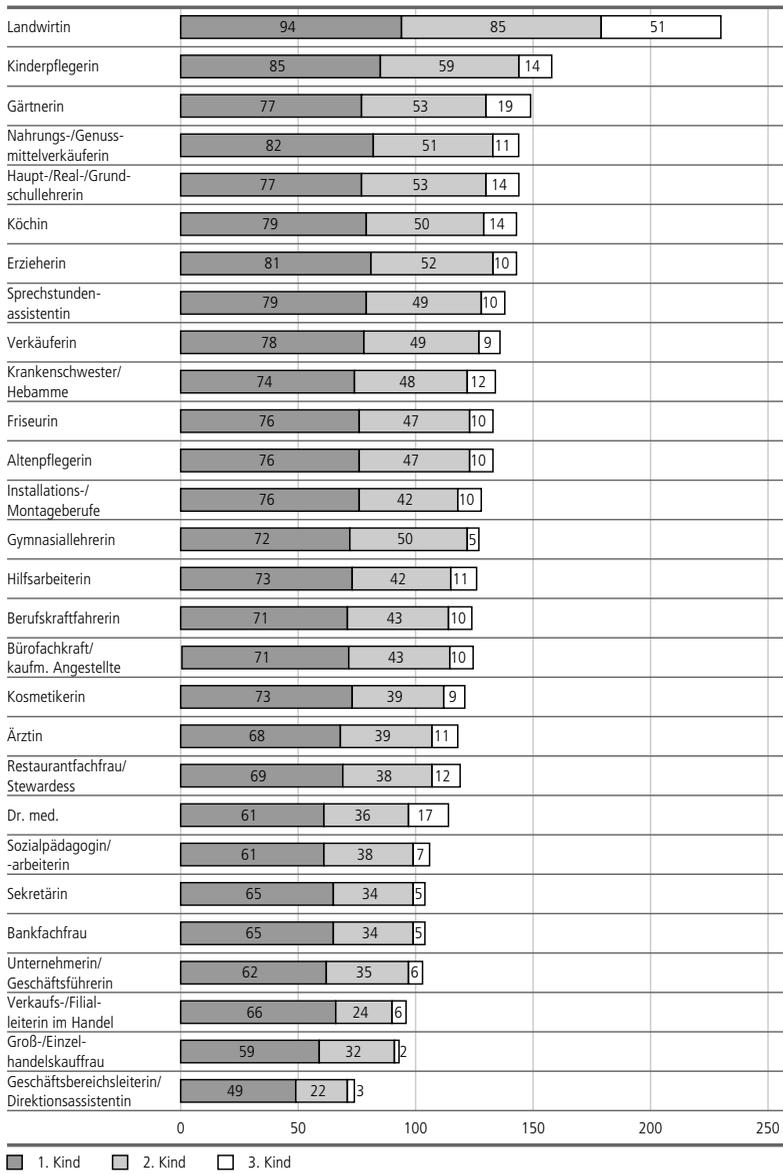
Städtisches Leben in modernen Berufen

Heute sind Männer wie Frauen, vor allem in den modernen Berufen, auch im Alter zwischen 40 und 44 Jahren, in dem traditionellerweise die meisten Kinder mit Eltern zusammenleben, vielfach partner- und kinderlos. Bei den Männern betrifft dies eher die technischen Berufe im Bereich der neuen Informationstechnologien, bei den jungen Frauen eher die modernen Dienstleistungsbereiche.

Daher verwundert es nicht, dass die am schnellsten wachsende Gruppe unter den Lebensformen im mittleren Lebensalter die ledigen Männer sind; diese formieren in diesen Berufen offensichtlich auch ihre sozialen Beziehungen in anderer Weise als die traditionellen Industriearbeiter und landwirtschaftlichen Berufe. Das gilt ähnlich für die weiblichen Berufe. In traditionellen Branchen Beschäftigte, etwa in der Landwirtschaft oder im Erziehungsbereich, folgen nicht nur den traditionellen Lebensformen der Industriegesellschaft, sondern weisen auch Geburtenraten auf, wie sie in den 60er Jahren üblich waren.

Dagegen ist die Wahrscheinlichkeit, dass eine Geschäftsführerin verheiratet ist und Kinder hat, sehr gering, und wenn, dann hat sie allenfalls ein Kind. Da sich diese Berufe zudem wesentlich in den großen Städten konzentrieren, ist es nicht verwunderlich, dass hier die Kinderlosigkeit der 40- bis 44-jährigen Männer wie Frauen relativ hoch ist (24 Prozent) und die Geburtenraten in den Städten, in denen sich besonders qualifizierte Berufe konzentrieren, besonders niedrig sind.

Abbildung 1: Geburtenraten und Berufe von Frauen der Geburtsjahrgänge 1955 und 1965



Quelle: Bertram 2006b

Die These von Franz-Xaver Kaufmann (2005) zur Polarisierung zwischen kinderlosen Personen und Paaren mit Kindern gewinnt hier eine ganz neue Bedeutung. Denn in den großen urbanen Zentren wird die Tätigkeit in modernen Berufen nicht mehr notwendigerweise mit einem Lebensentwurf verknüpft, der Solidarität mit einem Partner und mit Kindern, den Eltern und den Eltern des Partners als Bestandteil begreift.

Vielmehr tritt hier zunehmend ein Lebensmodell auf, das die Beziehungen zu den eigenen Eltern, zu Freunden und Freundinnen neben dem Beruf als verschiedene unabhängige Teile der eigenen Lebensperspektive begreift. Dies steht gleichberechtigt neben einer anderen Lebensperspektive, in der Partnerschaft und die damit verbundenen Formen der Solidarität zwischen den Geschlechtern und zwischen den Generationen Kernelemente der eigenen Identität sind. Umgekehrt wandern Paare, die sich für Kinder entscheiden, auch nach den jüngsten Erhebungen der Bundesanstalt für Raumforschung (Bucher 2005) immer noch in das Umland der Städte und leben dort andere Lebensentwürfe als in der Stadt.

Ein Lebensentwurf, der sich nur der Herkunftsfamilie verpflichtet fühlt, wird die Frage der Fürsorge für andere, wie Hochschild sie formuliert, allenfalls auf die eigene Herkunftsfamilie beziehen, nicht aber auf andere Personen. Für diese Gruppe, die vermutlich eher weiter wächst, sind Überlegungen einer gleichberechtigten Fürsorge für andere auf der Basis von Paarbeziehung und Generationsbeziehungen nur eingegrenzt von Bedeutung. Da diese Berufsgruppen insgesamt wohl eher an Bedeutung gewinnen als verlieren werden, stellt sich nachdrücklich die Frage, wie auf Dauer die Leistungen, wie Familien sie für die Gesellschaft erbringen, auch in solchen Gruppen gesichert werden können.

Die hier beschriebene Entwicklung ist aber nicht spezifisch deutsch, sondern lässt sich in gleicher Weise auch für die USA zeigen (Bachu und O'Connell 2000), ohne dass es dafür bisher Perspektiven und Lösungen gibt. Diese Entwicklung ist darauf zurückzuführen, dass die Verlässlichkeit der Präsenz des oder der Einzelnen am Arbeitsplatz und die permanente Verfügbarkeit aufgrund immer fle-

xiblerer Arbeitszeiten und Kommunikationstechnologien in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch dazu beigetragen haben, dass die verlässliche Zeit als Investment in die Herstellung einer gemeinsamen Lebensperspektive zunehmend verloren gegangen ist.

Die Unterschätzung der privaten Haushaltsökonomie

Ein weiteres mindestens ebenso gravierendes Problem liegt in der Tatsache, dass bisher bei der Entwicklung des Haushalts und seiner ökonomischen Funktionen für die Gesellschaft keine Antwort auf folgende Frage gefunden wurde: Wie gehen eigentlich Privathaushalte auf Dauer damit um, dass die Effizienzsteigerungen bei vielen Dienstleistungen, etwa im Finanzbereich, bei Steuerzahlungen oder auch im Pflegebereich, dadurch erreicht werden, dass die Marktakteure diese Dienstleistungen zunehmend in die privaten Haushalte verlagern?

Viele Gewinne etwa im Bankensektor sind das Ergebnis der Anwendung des »Ikea«-Prinzips: Es werden nur noch Halbfertigprodukte angeboten und dem Konsumenten intelligente Werkzeuge zur Verfügung gestellt, damit der quasi als Angestellter eines Möbelkaufhauses oder eines Bankinstituts Aufgaben erledigt, die nicht nur eine erhebliche fachliche Kompetenz des oder der Einzelnen voraussetzen, sondern auch einen erheblichen Zeitaufwand bedeuten.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass das Statistische Landesamt Baden-Württemberg (2003), das seit 1960 die Zeitverwendung im Privathaushalt misst, heute trotz kleinerer Familien eine Arbeitszeit der Frauen im Haushalt bei etwa 37 Stunden feststellt – genau wie 1965. Die der Männer ist inzwischen von einer guten Stunde Mitte der 60er Jahre auf 16 Stunden angestiegen. Die Zunahme der Baumärkte und Einkaufszentren sowie das Verschwinden der Bankfilialen erklären diese Zunahme der Zeit im Privathaushalt sehr gut.

Da zudem der Staat hohen Druck ausübt durch das Festhalten an der Vormittagsschule und den mangelnden Ausbau des Vorschulbereichs bei gleichzeitiger Erwartung an eine immer bessere (= län-

gere) Ausbildung von immer mehr jungen Leuten, ohne jedoch selbst in diesen Bereich zu investieren, ist heute der Zeitaufwand pro Kind wie eben auch pro Haushalt höher als noch in den 60er Jahren.

Diese Entwicklungen sind mit Sicherheit nicht zu ändern, wie auch davon auszugehen ist, dass die Verlagerung von Pflegeleistungen in den privaten Bereich eher zunehmen wird, weil die Kosten im Gesundheitsbereich so hoch sind. Wie auch immer sich Familienhaushalte im Einzelnen organisieren, sind sie heute mit ganz anderen Anforderungen konfrontiert als in den 60er und frühen 70er Jahren.

Zeitpolitik als Querschnittspolitik

Nach dieser Argumentation ist deutlich, dass ein zentrales Thema der Familienpolitik in den nächsten Jahren sein wird, was eigentlich auch die Sozial- und die Arbeitsmarktpolitik interessieren müsste: die Zeit im Alltag und die Zeit im Lebensverlauf neu zu organisieren, um die Verlässlichkeit von Zeit für private Beziehungen zur Entwicklung von Solidarität in einer Paargemeinschaft, zwischen Eltern und Kindern sowie alt gewordenen Eltern und ihren Kindern zu sichern, weil nur so die externen Effekte, die von der Familie als Lebensform für die Gesellschaft erwartet werden, auch erbracht werden können.

Für den Staat dürfte es relativ schwierig sein, einen Ausgleich zwischen betrieblichen Arbeitszeiten und familiären Zeiten durch externe Regeln herbeizuführen, weil hier allenfalls die Rahmenbedingungen etwa durch ein Teilzeitgesetz formuliert werden können. Daher ist das eine ganz große Herausforderung an eine betriebliche Familienpolitik, die gemeinsam vom Staat und den Unternehmen getragen werden muss und der vermutlich genauso viel Bedeutung zukommt wie der klassischen Lohnpolitik. Dabei kann es nicht mehr um Arbeitszeitverkürzung gehen, um sogenannte Freizeit zu sichern, sondern vor allem darum, Zeitmuster zu entwickeln, die nicht nur verlässliche Zeit im Betrieb sicherstellen, sondern eben auch verlässliche Zeit im Privatbereich.

Durch viele seiner Institutionen hat der Staat eine Fülle von Möglichkeiten für neue Zeitformen im Lebensverlauf, angefangen von den Bildungsinstitutionen über die Definitionsgewalt für viele Berufszugänge bis zur Definitionsgewalt über den Eintritt in den Ruhestand. In diesem Sinne wird Familienpolitik eben auch Zeitpolitik sein müssen, weil ohne eine aktive Zeitpolitik im Lebensverlauf die Zeit für »care« schlicht und einfach verschwinden wird.

Zugleich ist der Staat darauf angewiesen, dass hier auch die anderen Gebietskörperschaften, insbesondere die Kommunen, bei Infrastrukturangeboten und kommunalen Dienstleistungen entsprechende Modelle mit entwickeln. Eine nachhaltige Familienpolitik, die der nachwachsenden Generation die Möglichkeit einräumen will, ihre Lebensentwürfe in der gleichen Freiheit zu gestalten wie die eigene Elterngeneration, wird nur dann Erfolg haben, wenn die Zeit für »care« zu einem Teil der Lebensperspektive im Lebensverlauf geworden ist – und für Männer wie für Frauen auch die Möglichkeiten geschaffen werden, das einzulösen.

Literatur

- Bachu, Amara, und Martin O'Connell. »Fertility of American Women: June 1998«. *Current Population Reports* P20–526, September 2000.
- Bertram, Hans. *Familien leben. Neue Wege zur flexiblen Gestaltung von Lebenszeit, Arbeitszeit und Familienzeit*. Gütersloh 1997.
- Bertram, Hans (2006a). »Kinder – Die Zukunft Deutschlands«. *Politik für Familien. Wege in eine kinderfreundliche Gesellschaft*. Hrsg. Christine Henry-Huthmacher. Freiburg, Basel und Wien 2006. 123–183.
- Bertram, Hans (2006b). »Nachhaltige Familienpolitik im europäischen Vergleich«. *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*. Hrsg. Peter A. Berger und Heike Kahler. Frankfurt am Main und New York 2006. 203–257.
- Blossfeld, Hans-Peter. Labor-market entry and the sexual segregation of careers in the Federal Republic of Germany. *American Journal of Sociology* (93) 1 1987. 89–118.

- Borscheid, Peter, und Hans J. Teuteberg (Hrsg.). *Ehe, Liebe, Tod. Zum Wandel der Familie, der Geschlechts- und Generationenbeziehungen in der Neuzeit*. Studien zur Geschichte des Alltags. Bd. 1. Münster 1983.
- Bucher, Hansjörg. »Familienbezogene Infrastruktur in ausgewählten Regionen«. Expertise für den 7. Familienbericht. *7. Familienbericht*. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin 2005.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. *5. Familienbericht. Familien und Familienpolitik im geeinten Deutschland. Bericht der Sachverständigenkommission*. Bonn 1995.
- Chesnais, Jean-Claude. Vortrag auf der Jahrestagung der deutschen Gesellschaft für Demographie. Potsdam 2005.
- Ehmer, Josef, Tamara K. Hareven und Richard Wall. *Historische Familienforschung*. Frankfurt am Main und New York 1997.
- Fagnani, Jeanne. »Familienpolitik in Frankreich: Vor- und Nachteile«. *Wem gehört die Familie der Zukunft? Expertisen zum 7. Familienbericht der Bundesregierung*. Hrsg. Hans Bertram, Helga Krüger und C. Katharina Spieß. Opladen 2006. 383–401.
- Folbre, Nancy. *The Invisible Heart: Economics and Family Values*. New York 2001.
- Hakim, Catherine. *Models of the Family in Modern Societies: Ideals and Realities*. Aldershot 2004.
- Hareven, Tamara. *Aging and Generational Relations: Life-Course and Cross-Cultural Perspectives*. Somerset 1996.
- Hernandez, Donald J., und David E. Myers. *America's Children: Resources from Family, Government, and the Economy*. New York 1993.
- Hernandez, Donald J. »Changing Demographics: Past and Future Demands for Early Childhood Programs«. *The Future of Children* (5) 3 1995. 145–160.
- Hochschild, Arlie. »The culture of politics: Traditional, postmodern, cold-modern, and warm-modern ideals of care«. *Social Politics* (2) 3 1995. 331–346.
- Kaufmann, Franz-Xaver. *Schrumpfende Gesellschaft*. Frankfurt am Main 2005.

- Kremer, Monique. »The Illusion of Free Choice Ideals of Care and Child Care Policy in the Flemish and Dutch Welfare States«. *Child Care Policy at the Crossroads: Gender and Welfare State Restructuring*. Hrsg. Sonya Michel und Rianna Mahon. New York, Neudruck London 2002. 113–142.
- Laslett, Peter. Characteristics of Western Family Considered over Time. *Journal of Family History* (2) 2 1977. 89–115.
- Rainwater, Lee, und Timothy Smeeding. *Poor Kids in a Rich Country: America's Kids in a Comparative Perspective*. New York 2003.
- Myrdal, Alva, Viola Klein und Ursula Schroth-Pritzel. *Die Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf*. Köln 1960.
- Pfeil, Elisabeth. *Die Berufstätigkeit von Müttern. Eine empirisch-soziologische Erhebung an 900 Müttern aus vollständigen Familien*. Tübingen 1961.
- Smelser, Neil J. *Social Paralysis and Social Change*. Berkeley 1991.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg. »Dienstleistungen in Baden-Württemberg«. *Statistik Aktuell* 4 2003.